

6. Mai 2015

Rede zur Regierungserklärung des Bürgermeisters

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Ihr Hauptthema ist "Olympia in Hamburg". Das ist ein großes Projekt, mit großen Visionen und großen Chancen für Hamburg. Wir -- die AfD Hamburg -- und ich persönlich unterstützen Sie bei der Olympia-Bewerbung zum Wohle Hamburgs.

Aber: Jede Vision muß sich über kurz oder lang der Realität stellen. Und dabei sind wir beim Thema Risiken und mögliche Nachteile für Hamburg - nicht nur bzgl der Finanzen. Und wir sind bei Thema Zustimmung der Bevölkerung. Wir finden es sehr gut, dass Sie sich von Anfang an darauf eingestellt haben, die Hamburger Bürger per Referendum mitentscheiden zu lassen. Wir unterstützen Sie grundsätzlich bei allem, was dafür jetzt und in der nächsten Bürgerschaftssitzung nötig ist.

Ich würde Sie auch beim Quasi-Wahlkampf im Herbst für ein positives Referendum sehr gerne unterstützen. Allerdings bin ich mir nicht sicher, ob ich dann über genügend Informationen verfüge, denen ich vertrauen kann. Ich bin kein Experte für Baukosten und Verträge mit Baufirmen, ebenso wenig wie für die Größen auf der Erlösseite, z.B. Tickets, Fernsehrechte, Merchandizing, Umsätze für Hamburger Hotels und Unternehmen, Mengenschätzungen, Vertriebsmarketing. Sind die Annahmen professionell und seriös gemacht worden? Sind die Eintrittswahrscheinlichkeiten für exogene Faktoren adäquat geschätzt worden?

Wenn ich einen Gebrauchtwagen kaufen will, weiß ich, dass der Verkäufer mir nur die positiven Fakten erzählen wird, weil ich seine Interessenlage kenne. So ist es auch bei politischen Entscheidungen, wenn die Fakten von denen bereitgestellt werden, die ein bestimmtes Ergebnis erzielen wollen. Da ist Skepsis geboten.

Noch schwieriger ist das für die Bürger, die noch viel weniger Informationen und Knowhow haben als ich (der immerhin einige Jahre seines Lebens Sportökonomie betrieben hat). Woher sollen die Menschen wissen, dass man Ihnen reinen Wein einschenkt und nicht mit den Risiken hinterm Berg hält?

Beim Gebrauchtwagenkauf kann ich einen Sachverständigen einschalten. Und bei Olympia auch. Ein Sachverständiger soll fachlich kompetent und unabhängig sein - also beim Autobeispiel nicht vom Verkäufer beauftragt, sondern von mir. Was wir bei Olympia brauchen, sind unabhängige Sachverständige (spricht Experten), die Annahmen und Schätzungen des Senats für Kosten und Erlöse professionell bewerten und veröffentlichen. Bei einem so großen Projekt wie Olympia empfiehlt es sich, mehrere voneinander unabhängige Experten zu beauftragen, die jeweils ihre Bewertung geben. Das ist ein Vorteil für den Senat, kein Nachteil.

Man kennt das aus der Auktionstheorie. Wenn man Güter oder Rechte mit hohem Risiko des "späteren wahren Wertes" versteigern will, z.B. Ölbohrrechte in Alaska, gibt man möglichst viel glaubwürdige Information. Der US-Finanzminister will möglichst hohe Erlöse erzielen, aber er weiß auch, dass die Ölfirmen bei sehr großer Unsicherheit besonders niedrige Gebote abgeben (Downward Biasing) werden, weil sie risikoscheu sind. Je mehr unabhängige geologische Gutachten (also nicht aus der Schreibstube des Finanzministers) er zur Verfügung stellt, desto geringer wird das Risiko und desto höher die Gebote der Ölfirmen und damit die Erlöse für den Finanzminister.

Das war jetzt eine ökonomische Begründung für unabhängige Experten bei Olympia. Noch besser gefällt mir allerdings die demokratie-theoretische: Ein Referendum macht um so mehr Sinn, je besser die Bürger wissen, was sie tun - also je zuverlässiger sie informiert sind.

Aber Hamburg in der nächsten Legislatur ist nicht nur Olympia-Bewerbung. Hamburg muss auch nach 2020 sehr gut aufgestellt sein. Um zu lernen, wie Sie sich das vorgestellt haben, habe ich den Koalitionsvertrag gelesen. Er ist sehr lang, nämlich 115 Seiten, und sehr detailliert. Viele Themen und viele Institutionen werden angesprochen. Viele in Hamburg fühlen sich gebauchpinselt, dass sie so wichtig sind. Das ist nett. Auch ich habe Etliches über Hamburg gelernt. Was es hier alles so gibt an tollen Einrichtungen. Danke dafür, Herr Bürgermeister.

Und dann habe ich nach den harten programmatischen Fakten gesucht und gesucht - und gesucht. Und wenig gefunden. Viel Unverbindliches und viel Wünschenswertes ohne konkretes Datum. Vieles wird man vermutlich auch 2025 wieder lesen, wenn sie hier erneut (dann 10 Jahre älter als heute) Ihre Regierungserklärung abgeben - und die Hafenuferspanne vermutlich immer noch nicht gebaut ist.

Ein Parteifreund von Ihnen, Herr Bürgermeister, hat gesagt: Der Scholz verspricht wenig - und bricht deshalb auch keine Versprechen. So kann man es auch machen. Probleme umschiffen und nach hinten verschieben. Das nennt

sich dann "gutes Regieren" oder gutes Verwalten. Aber Probleme wollen gelöst und die Zukunft gestaltet werden.

Mich erinnert Ihr Politikstil an Angela Merkel, die auch immer herumlaviert und die Probleme mit dem nassen Feudel zur Seite und nach vorne schiebt. Die die Probleme mit dem Euro und Europa nicht löst, sondern gewaltige Schuldenberge und Rettungsschirm-Risiken auftürmt. Die werden später den deutschen Steuerzahlern, Sparern und Arbeitnehmer auf die Füße fallen, wenn Angela Merkel im Ruhestand ist und nur das Feuilleton noch darüber schreibt.

Was sie auch mit Angela Merkel gemeinsam haben - und das ist ein Stück Bewunderung meinerseits für Sie beide - sind die guten Wahlergebnisse. Probleme vermeiden bringt offenbar Wählerstimmen. Welcher Wähler denkt schon morgen? Aber Staatsmänner und Staatsfrauen, die in die Geschichtsbücher kommen, sind nicht die Parteipolitiker mit vielen Wählerstimmen, sondern die, die aktiv und erfolgreich die Zukunft gestalten. Die das "Richtige" auch gegen Widerstände durchsetzen, weil sie die besseren Argumente haben.

Die Zukunft zu gestalten ist doch in einer wohlhabenden, humankapitalintensiven und dynamischen Stadt wie Hamburg geradezu ein Vergnügen. Viele Politiker in Europa werden Sie um diese Chance mit Recht beneiden. Und ein Politiker, der für die Zukunft Visionen hat, muss eben nicht zum Arzt (wie ein berühmter Hamburger einmal flapsig formuliert hat) sondern an die politische Werkbank, um aus Visionen Realität zu machen - zum Wohle der Bürger (und auch des eigenen Nachruhms).

Was das konkret für die Hamburger Politik heißt, kann ich hier nicht genauer ausführen, sondern will nur zwei Beispiele nennen

1. Universitäten und Forschung

Darüber schreiben Sie im Koalitionsvertrag relativ viel und der Leser gewinnt den angenehmen Eindruck (was ja auch Sinn der Sache ist), dass dem neuen Senat dieser Bereich wichtig ist. Dass das nicht stimmt, merkt man beim Blick auf die Finanzen. Hier sind Sie so knauserig wie in der letzten Legislatur, wo viele dachten, Hochschulpolitik gäbe es gar nicht in Hamburg. Das meine ich hintersinniger als es vielleicht klingt. Denn Hochschulpolitik im Sinne eines Hineinregierens der Politiker in Universitäten und Fachhochschulen brauchen wir in der Tat nicht. Die Autonomie der Hochschulen ist funktional ein hohes Gut und ich freue mich, dass der Senat diese Fahne weiter hochhalten will. Aber die staatlichen Universitäten brauchen eine sehr gute und längerfristig garantierte Finanzausstattung, um qualitativ hochwertige Lehre und Forschung realisieren zu können.

Gute Universitäten sind ein herausragender Standortfaktor für eine Stadt - und zwar mit verschiedenen Wirkungszusammenhängen, die ich an dieser Stelle nicht explizieren kann. Und man kann auf diesem Feld relativ schnell und gut

sichtbar für eine Stadt Renommee erwerben und Maßstäbe setzen.

Wissenschaftler sind gut vernetzt. Und ein guter Standort spricht sich schnell herum und lockt die etablierten Koryphäen und die jungen Talente an. Das dient allen Bürgern und in Hamburg und letztlich auch dem Finanzsenator, der anfangs seine Tasche öffnen muss.

2. Beispiel : Verkehrs-Infrastruktur

Die heutige Stau-Hauptstadt Hamburg ist das traurige Ergebnis jahrzehntelanger Versäumnisse vieler Senate. Der Grund liegt darin, wie Ökonomen sagen würden, dass Verkehrs-Infrastruktur-Investitionen für die gegenwärtigen Akteure nicht "anreizkompatibel" sind. Das heisst, ein Politiker, der für die nächsten 30 oder 50 Jahre eine wertvolle Infrastruktur für die Bürger schafft, hat gegenwärtig das Problem der Kosten und des Ärgers mit Anwohnern und Bürgerinitiativen. Und das sind seine heutigen Wähler und Parteifreunde, nicht die zukünftigen Nutzer.

Wenn man sich von jeder Bürgerinitiative einschüchtern lässt, kann man gar nichts mehr gestalten in einer dichtbesiedelten Stadt wie Hamburg. Aber für das politische Überleben ist es vielleicht günstiger. Der Politiker ist deshalb kein schlechter Mensch, sondern nur einer, der das eigene Wohl über das Gemeinwohl stellt. Erinnern Sie sich, was ich vorhin über Staatsmänner gesagt habe.

Es steht viel drin im Koalitionsvertrag über Verkehrs-Infrastruktur. Aber das meiste sehr unverbindlich und nach dem Motto "Ich wünsch mir was" und ohne zeitliche Festlegungen. Später haben Sie keine Versprechen gebrochen, weil Sie keine gemacht haben (siehe oben). Aber dennoch könnte man ja auch mehr schaffen als man versprochen hat, wenn man die Prioritäten richtig setzt. Und Priorität sollte dieses Feld unbedingt haben , sowohl für das Florieren des Hafens und der Wirtschaft als auch für die Bürger - egal, ob sie Auto, Fahrrad oder U-Bahn fahren.

Wir werden heute und später noch viel an Ihnen herumkritisieren. Dennoch gilt: Ich wünsche Ihnen und dem gesamten Senat alles Gute und eine glückliche Hand beim Regieren dieser Stadt.